

Es braucht einen radikalen Wechsel

Warum nimmt die Partei der Arbeit an den Wahlen teil? Weil wir für ein gerechteres und solidarischeres Gesellschaftsmodell eintreten. Ein weiterer Grund ist unser Kampf gegen die Politik der bürgerlichen und rechten Parteien sowie gegen die schreiende Ungerechtigkeit. Doch die Frage nach der Teilnahme an den Wahlen ist eine wichtige und verdient daher eine vertiefte Antwort.

Verschärfte Widersprüche

Auch in den letzten Jahren der «Krisenbewältigung» dienten die Massnahmen und Entscheidungen des Grosskapitals und seiner politischen VertreterInnen allein der Rettung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Folgen tragen die Lohnabhängigen, die kleinen Selbständigen, die Erwerbslosen, die Mehrheit der RentnerInnen und viele Jugendliche. Entsprechend haben sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse vieler Menschen der Schweiz und in Europa entscheidend verschlechtert. Die Menschen, die noch Arbeit haben, stehen unter Druck. Denn heute verarmen selbst Teile der in den letzten Jahrzehnten bessergestellten Schichten der Arbeiterklasse und der sogenannten Mittelschicht. Besonders betroffen ist die junge Generation. Vielen geht es – trotz teilweise guter Ausbildung – weitaus schlechter als ihren Eltern und Grosseltern, während gleichzeitig der gesellschaftlich produzierte Reichtum immer grösser wird.

Die gesellschaftlichen Widersprüche haben sich also verschärft, die Besitzverhältnisse und die Lohnentwicklung in der Schweiz sind ein Beweis dafür. Diese Widersprüche sind im Rahmen des kapitalistischen

Systems nicht lösbar. Karl Marx und Friedrich Engels antworteten auf die Frage, wie die «Bourgeoisie» die Krise «überwindet»: «Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert» (1848, Manifest).

Widerstand im Parlament, aber nicht nur



Die eidgenössischen Wahlen sind für die Partei der Arbeit kein Selbstzweck, sondern eine Gelegenheit unter anderen, um sich für eine Veränderung der Gesellschaft zu engagieren. Wir wollen denjenigen Menschen, den Arbeiterinnen und Arbeitern, eine Stimme geben, die heute keine wirkliche parlamentarische Vertretung haben.

Der parlamentarische Kampf wird die Probleme des Kapitalismus nicht lösen. Doch er kann den Forderungen der breiten Bevölkerung, der Arbeiterinnen und Arbeiter, Gehör verschaffen und ermöglicht Verbesserungen. Gleichzeitig können die existierenden Interessenvertretungen im Parlament besser aufgedeckt und bekämpft werden. Wir wollen aufzeigen, dass es selbst in der reichen Schweiz Kräfte gibt, die sich der Diktatur des Kapitals nicht beugen. Aus all diesen Gründen nimmt die Partei der Arbeit an den Wahlen teil, oder wie Lenin sagte: «Die parlamentarische Bühne für unsere revolutionäre Sache nutzen!»

Dies im Wissen, dass parlamentarische Arbeit nur dann wirksam sein kann, wenn sie von einer starken ausserparlamentarischen Bewegung getragen wird. Deshalb ist der direkte Einbezug der betroffenen Menschen, das Anknüpfen an die konkreten Schwierigkeiten des Alltags und die Unterstützung aller Aktionen, welche die direkte Teilnahme der Menschen an Entscheidungsprozessen fördern, für unsere politische Arbeit von zentraler Bedeutung. Nur so wird es möglich sein, einen stärkeren Einfluss in der Klassenfrage zu bekommen, die unsere Gesellschaft prägt und dominiert.

Es braucht einen radikalen Wechsel – in diesem Sinne haben wir das Wahlprogramm erarbeitet, diskutiert und beschlossen.

Einleitung zum nationalen Wahlprogramm der PdA-POP Schweiz

Das Wahlprogramm findest du auf www.pda.ch

Impressum:

PdA POP Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / www.popbienne.ch
mail@pdabern.ch / Kontonummer 30-26786-9



Einführung von flächendeckendem Tempo 30 in der Stadt Biel.

Für aktiven Umweltschutz und eine Erhöhung der Lebensqualität

**Motion, Peter Heiniger (PdA / POP)
Stadtrat Biel/Bienne**

Die Stadt soll auf dem ganzen Gemeindegebiet Tempo 30 einrichten. Dies auf allen Gemeindestrassen. Ausserdem sollen, nach Möglichkeit, bereits bestehende Tempo-30-Zonen in Begegnungszonen umgewandelt werden.

Begründung:

Warum Tempo 30 auf allen Gemeindestrassen? Das generelle Tempolimit wird sich auf die Anzahl der Unfälle niederschlagen. Die Anzahl der Verkehrsunfälle kann durch die Temporeduktion stark reduziert werden. Es wird demzufolge weniger Verletzte oder gar Tote geben. Und die Lebensqualität kann in der Stadt Biel, mit einer einfachen Massnahme, massiv erhöht werden.

Eine Reduktion der signalisierten Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h führt ungefähr zu

einer Halbierung des Bremsweges, was als Konsequenz die Verkehrssicherheit erhöht. Dieser Effekt konnte unter anderem in der Gemeinde Köniz (BE) nachgewiesen werden, wo sich die Anzahl der Verkehrsunfälle um etwa ein Drittel reduziert hat. Zudem wird der Reifenabrieb – eine Hauptursache für die anhaltende Plastikverschmutzung – nachweislich reduziert.

Die nachfolgende Tabelle stellt einen Ausriss der Unfallstatistik des Kantons Bern für das Jahr 2018 dar:

	Einwohner	Unfälle mit Personenschaden	Unfälle mit Personenschaden pro 10'000 Einwohner
Köniz	ca. 41'000	71	1,7
Bern	ca.143'000	345	2,4
Biel/Bienne	ca. 56'000	201	3,6

Quelle: www.police.be.ch

Da steht Biel/Bienne sehr unrühmlich an der Spitze oder eben am Ende!

Als weiterer Punkt ist zu erwähnen, dass Tempo-30-Zonen sehr kostengünstig umgesetzt werden können. So kann z.B. die Zahl der Verkehrsschilder reduziert werden.

Daher stellen Tempo-30-Zonen, aus Sicht des Vollzugs des Lärmschutzrechts, eine wirtschaftliche Lärmreduktionsmassnahme dar.

Fazit:

Tempo 30 senkt die Zahl der Unfallopfer drastisch, was belegbar ist (s.o.) und was selbstverständlich absolut erstrebenswert sein muss.

Zudem stellt dies ein wirksames und wirtschaftlich kostengünstiges Mittel zur Lärmreduktion dar. Der Lärm wird bei einer Temporeduktion von 50 km/h auf 30 km/h um durchschnittlich 50% reduziert. Gleichzeitig erhöht sich die Verkehrssicherheit. Tempo 30 leistet also einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von übermässigen Lärmbelastungen. Und bedeutet somit eine Verbesserung der Lebensqualität und des Umweltschutzes!

Biel/Bienne, 26. Juni 2019

Peter Heiniger PdA-POP Stadtrat Biel/Bienne

Für den aktiven Klimaschutz – freie Fahrt für alle!

Motion Zora Schneider (PdA) Stadtrat Bern

Bus- und Trambillette sind in Bern teuer. Viele Menschen überlegen sich, ob sie sich die hohen Tarife leisten können und wollen. Für Menschen mit geringem Einkommen sind sie zu teuer. Die Einführung von gratis öV für alle würde niemanden von diesem Dienstleistungsangebot ausschliessen.

Der öffentliche Gratisverkehr ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Massnahme. Man kann erwarten, dass wegen der Kostenfreiheit viele Autofahrer auf den öffentlichen Verkehr umsteigen werden. Und somit kann der CO2-Ausstoss stark vermindert werden.

Die Politik beteiligt sich in Bern zwar an der laufenden Klimadebatte, aber man schreckt nach wie vor vor Massnahmen zurück, die das so notwendige radikale Umdenken in der Verkehrspolitik ermöglichen würden. Die Einrichtung eines gratis-öV wäre ein wichtiger Schritt von Seiten der Politik, um aktiv gegen die schädlichen Emissionen vorzugehen.

Die Stadt Bern kann so die vorhandenen Verkehrsspitzen auffangen und die Lebensqualität in der Stadt noch einmal markant erhöhen. So könnten mehr Begegnungszonen und autofreie Bereiche geschaffen werden. Es kann damit gerechnet werden, dass diese zusätzliche Lebensqualität weitere Menschen in die Stadt locken wird, was natürlich auch einen positiven Steuereffekt ergeben wird.

Innerhalb von Europa gilt die estnische Hauptstadt Tallinn als Vorreiterin in Sachen Gratis-öV. Seit 2013 können dort Personen, die in der Stadt gemeldet sind, Trams, Busse und Bahnen gratis nutzen. Die Stadt hat damit Erfolg: Staus haben sich verringert, und auch die Luftqualität hat sich markant verbessert. Und sogar finanziell hat sich der Schritt ausgezahlt: Weil sich mehr Personen in der Stadt angemeldet haben, sind die Steuereinnahmen gestiegen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, für das Gemeindegebiet der Stadt Bern den öffentlichen Verkehr für alle Benutzenden gratis zu machen.

Bern, 15. August 2019
Erstunterzeichnende: Zora Schneider
Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Eva Gammenthaler, Luzius Theiler

Die Zwischennutzungen auf dem Areal des alten Tramdepots Burgernziel in der Stadt Bern sollen Ende August zu Ende gehen und einer Neuüberbauung weichen. BewohnerInnen aus dem Murifeld wollen den bevorstehenden Baubeginn noch mit einer Initiative stoppen. Zum kontroversen Thema publiziert die NixBravDa zwei unterschiedliche Meinungen:

Überbauung Burgernziel – ein Vorzeigeprojekt

Geplant war eine Wohnüberbauung für den gehobenen Mittelstand, gebaut wird nun ein Mix aus Mietwohnungen, Gewerberäumen und Dienstleistungen. Die Asphaltbrache auf dem Areal des ehemaligen Tramdepots wird zum Treffpunkt für das umliegende Quartier.

Im Dezember 2016 hat die Stadt Bern der Gebäudeversicherung Bern und der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft 8 das Recht erteilt, auf dem Areal des ehemaligen Tramdepots im Burgernziel ein Wohn- und Gewerbezentrum zu erstellen. Die Stimmberechtigten der Stadt Bern hatten in einer Abstimmung vom November 2015 mit 78% Ja-Stimmen grünes Licht für die Erteilung dieser Baurechte gegeben.

Hindernisreiche Vorgeschichte

Das Projekt hatte zu diesem Zeitpunkt bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Ursprünglich von der früheren Stadtregierung als „Überbauung für den gehobenen Mittelstand“ geplant, hatten die Stimmberechtigten der Stadt dafür gesorgt, dass auch dieses Vorhaben einen Drittel gemeinnütziger

Wohnungen aufweisen müsse. Der Berner Stadtrat legte später verbindlich fest, dass die Überbauung die Voraussetzungen eines 2000-Watt-Areals erfüllen solle. Und schliesslich verlangte die Stadt auch noch, dass in diesem Gebäude eine Kindertagesstätte und eine Basisstufe Platz finden müssten.

Wie sich bald einmal herausstellte, machten diese nachträglichen Auflagen erhebliche Umplanungen notwendig. Die energietechnischen Auflagen erforderten den Verzicht auf das ursprünglich geplante zweite Untergeschoss. Das aus dem Architektur-Wettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt hatte Wohnungsflächen geplant, die für gemeinnützige Wohnungen zu gross waren. Schul- und Kindergartenräume und die dafür erforderlichen Spielplätze waren bei diesem Projekt gar nicht vorgesehen gewesen.

Als weiteres Hindernis stellte sich heraus, dass die Stadtverwaltung, welche den Architekturwettbewerb veranstaltet hatte, wie auch die Jury, welche die Projekte beurteilt hatten, die auf der Liegenschaft bestehenden Dienstbarkeiten schlicht ignoriert hatten. Das prämierte Projekt hätte unter den gegebenen Rahmenbedingungen gar nicht gebaut werden können. In mühsamen Einzelverhandlungen konnten auch diese Hindernisse schliesslich beseitigt werden.

Ein Zentrum für das Quartier

Die wichtigste Veränderung des Projekt besteht aber darin, dass das als reines Wohnprojekt konzipierte Gebäude nunmehr Platz für zahlreiche Dienstleistungen bietet. Nicht nur eine Kindertagesstätte und eine Basisstufe werden dort Platz finden, sondern auch ein Restaurant mit Aussensitzplätzen, Lebensmittelgeschäfte, eine Apotheke und ein gemeinsames Büro diverser Quartierorganisationen. Für Veranstaltungen stehen zwei Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Die Aussenanlagen, darunter eine grössere Rasenfläche, sind frei zugänglich.

Verglichen mit dem heutigen Zustand ist der Gewinn für das Quartier offensichtlich. Statt der jetzigen Asphaltbrache werden öffentlich nutzbare begrünte Freiflächen entstehen. Das schon weit fortgeschrittene Sterben von quartierbezogenen Geschäften wird gestoppt, und es wird wieder möglich sein, Artikel des täglichen Bedarfs in unmittelbarer Nähe der Wohnungen zu erwerben.

Statt punktuellen Grossanlässen in den meist unbenutzten Tramhallen, die keinen Bezug zum Quartier haben, werden Veranstaltungen aus dem und für das Quartier möglich werden.

Soziale Durchmischung angestrebt

Die insgesamt 104 Wohnungen können nicht gekauft, sondern nur gemietet werden. Ein Drittel davon wird durch die Wohnbaugenossenschaft 8 verwaltet, welche auf gemeinnütziger Basis arbeitet. Sie berechnet für die Wohnungen eine sogenannte Kostenmiete, darf also nur genau so viel verlangen, wie die jeweilige Wohnung effektiv kostet. Dadurch sind die Wohnungen langfristig der Spekulation entzogen.

Die Wohnbaugenossenschaft hat sich auch verpflichtet, bei der Vermietung der Wohnungen für eine soziale und altersmässige Durchmischung zu sorgen. Zu diesem Zweck gelten einerseits Belegungsvorschriften, indem pro Person nur eine beschränkte Anzahl Räume gemietet werden kann, andererseits besteht ein genossenschaftlicher Sozialfonds, der es insbesondere auch Familien mit beschränkten Mitteln möglich machen wird, in der Überbauung zu wohnen.

Wann die Wohnungen bezugsbereit sind, ist noch offen. Der Baubeginn ist auf diesen Herbst vorgesehen, doch liegt zur Zeit noch keine Baubewilligung vor. Es kann daher erst mit Vorbereitungsarbeiten wie beispielsweise der Beseitigung von Schadstoffen begonnen werden. Gerechnet wird mit einer gesamten Bauzeit von rund zwei Jahren.

Willi Egloff

Die Aushöhlung des unbeschriebenen Raumes – die Überbauung im Burgernziel ist kommerzielle Besetzung

Das Potential des alten Tramdepots als urbaner, unbeschriebener Ort des Entstehens wird, im Namen der Verdichtung, durch die Nutzungsoptimierung ausgehöhlt. Was nicht auf den ersten Blick sinnvoll ausgenutzt wird, muss einer neuen Siedlung weichen. Freiraum können wir uns nicht leisten, aber Orte des Konsums haben immer Platz. Dass an dieser Logik etwas faul ist, zeigen die Initiantinnen und Initianten der Tramdepot-Initiative auf.

Bereicherung durch Konsum und aufgeteilten Raum

Unter dem Mantra des „Wachstums“ wurde in Bern im November 2015 eine Abstimmung angenommen, die die Abgabe des Baurechts für das Areal des ehemaligen Tramdepots im Burgernziel zur Folge hatte. In der Botschaft zur Gemeindeabstimmung wurde von einer Bereicherung der Wohnstadt gesprochen. Das Projekt schaffe neuen Raum zum Wohnen, zum Arbeiten, Einkaufen und Leben (wobei die beiden Letzteren in ihrer Denkweise gefährlich nahe stehen). Dass davon nicht alle überzeugt sind, zeigt sich beinahe vier Jahre später immer noch. BewohnerInnen aus dem Murifeld wehren sich mit einer Initiative gegen die geplante Überbauung.

So vieles wäre möglich auf diesem Areal, so viel wurde schon ermöglicht. Seit drei Jahren findet beispielsweise das Musikfestival „Ostfest“ statt, welches unter anderem von Angestellten des Restaurants „Punto“ – das sich ebenfalls auf diesem Areal befindet – ins Leben gerufen wurde. Das Areal kann als Freiraum genutzt werden, als Ort der Begegnung und zur Verwirklichung von kulturellen Projekten, die in diesem Quartier sonst keinen Platz haben. Es ist ein Ort, wo spontan ein Street-Soccer-Turnier organisiert oder ein alter Abstellraum zu einem Musikstudio umgebaut wird.

Öffentlicher Raum oder öffentlicher Zaun

Was bringt uns mehr Raum zum Wohnen und zum Konsumieren, wenn dafür im Gegenzug Lebens-, Begegnungs- und Kulturraum überbaut wird? Die neue Initiative bringt ein vernachlässigtes Thema ins Gespräch: Öffentlicher Raum, Freiraum, das Zentrum demokratischer Gesellschaften, der Demokratie an sich. Gleichzeitig wirft sie die Frage auf, wie wir damit umgehen wollen, welche Kompromisse eingegangen werden müssen, um Freiraum

zu sichern und gleichzeitig Wohnungen für alle zu ermöglichen. Das Überbauungsprojekt am Burgernziel verspricht Wohnungen für alle, Grünflächen, Orte zum Verweilen, Kleingewerbe, eine Bäckerei, eine Apotheke und ein neues Restaurant. Es soll der neue Treffpunkt des Quartiers, ja der neue Dorfplatz werden. Ein Dorfplatz jedoch, der so dicht bebaut ist, dass kaum Platz zum Entstehen von spontanen Aktionen und neuen Ideen frei bleibt. Ein Restaurant neben einer Migros, mitten in einer Siedlung, ist nicht vergleichbar mit einem Restaurant inmitten eines freien urbanen Platzes, Konzerte auf einer Brache sind nicht dasselbe wie Konzerte im Allzweck-Veranstaltungsraum einer Siedlung.

Was notwendiger wäre als 100 Wohnungen mit einem Drittel Genossenschaftswohnungen – geschmückt mit einem kleinen Einkaufszentrum und verplanter Grünfläche als Freiraum – wäre Freiraum, der nicht durch Wachstumsansprüche konzentriert wird, sondern Freiraum, auf dem sich die Menschen des Quartiers entfalten können, Freiraum, der immer neu und zwanglos genutzt und belebt werden kann. Ein Ort, der unbeschrieben bleibt und frei gestaltet und verändert werden kann. Die Freiraumpolitik der Stadt Bern profiliert sich, indem sie die Stadt möbliert, Grünflächen errichtet.

Diese Politik zeigt eine gewisse Angst vor der Unberechenbarkeit von Freiraum, in dem nichts werden und alles passieren kann. Leere Orte, wie der vom Projekt aufzuwertende Raum, sind nicht in einen klaren Prozess des Werdens eingebunden, wo der Raum in einem schönen Rasen und einem Gemeinschaftsraum untergeht, wo klare Abläufe und eine geregelte Nutzung herrschen. Auf unbesiedelter Fläche kann irgendetwas entstehen, mit der Überbauung hingegen wird der Raum kommerziell besetzt, eingeschränkt und vorbestimmt. Es wird eine heile, grüne Welt geschaffen, in Verbindung mit Orten des Konsums und dem von der Berner Stimmbevölkerung geforderten Mindestanteil von gemeinnützigen Wohnungen. Letzteres wurde auf demokratischem Weg gefordert, unabhängig von der Überbauung. Auf die gemeinnützigen Wohnungen kann – wenn schon – die Berner Stimmbevölkerung stolz sein und nicht das Überbauungsprojekt, welches sich mit dem Volkswillen zu profilieren versucht.

Deshalb unterstütze ich die Initiative.

Matteo

Als einzelner Kommunist im Nationalrat - lohnt sich das?

Mittwoch 18. September, 19h30 in Bern

Im Säli der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17.
Öffentliches Gespräch mit Denis de la Reussille, Nationalrat der Partei der Arbeit (PdA / POP) und Stadtpräsident in Le Locle.

Kl!ma des Wandels

Nationale Klima-Demo in Bern

Samstag 28. September 2019,

13:30 Schützenmatt. Demo bis zum Bundesplatz mit anschliessendem Programm bis 16:30.

Die PdA POP trifft sich beim Brunnen zwischen Hodlerstrasse und Bollwerk (neben Kapitel)

MV PdA POP Bern

Kantonale Mitgliederversammlung

Montag, 4. November 19h30 in Bern PdA Lokal

1.Stock der Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17.





Neugründung KJ Bern

Damian Bugmann vom vorwärts sprach mit Salomé Voirol von der KJ Bern anlässlich des Gründungsgrill der Kommunistischen Jugend Bern.

Was will die KJ Bern, was will sie nicht?

Als Kommunistische Jugend setzen wir uns für die Rechte der Lehrlinge, Arbeitslosen, Praktikant*innen, Studierenden und Arbeiter*innen ein, für die Gleichstellung aller Menschen, für eine respektvolle Gesellschaft gegenüber der Natur und der Umwelt, ohne jegliche Ausbeutung. Wir setzen uns ein für den Frieden, für offene Grenzen und für die internationale Solidarität zwischen den Völkern. Da wir eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Krieg und Imperialismus wollen, kämpfen wir gemäss unseren Statuten für den Umsturz des Kapitalismus über den Sozialismus hin zum Kommunismus. Wir wünschen uns einen Linksrutsch der Schweizerpolitik und eine politisch aktive Jugend. Als junge Kommunist*innen wollen wir insbesondere die Bildung der Jugend voranbringen und den Kommunismus modern prägen. Wir wollen weder für die Taten anderer Staaten verurteilt werden, noch blind sein gegenüber unserem geschichtlichen Erbe. Damit wir als Bewegung vorwärtskommen, wollen wir der lähmenden Anti-Kommunistischen Propaganda entgegentreten können und gleichzeitig den Blick nach vorne richten, auf das, was zu tun ist.

Wie soll das Verhältnis mit der Partei aussehen?

Wir wünschen uns ein gutes und enges Verhältnis zur PdA. Eine starke Jugend bedeutet eine Stärkung der Partei, wobei die PdA uns auch ihrerseits unterstützt. Wir sind insbesondere mit der PdA Bern laufend in Kontakt und das soll sich für unsere

zukünftige Zusammenarbeit nicht ändern. Wir sind seit dem letzten Zentralkomitee am 21. Juli eine offizielle Sektion der Kommunistischen Jugend Schweiz. Das bedeutet, dass wir uns an nationalen Entscheidungen, Programmen und Kampagnen beteiligen und diese mittragen. Zu den anderen Sektionen pflegen wir ein solidarisches, freundschaftliches Verhältnis.

Welche Veranstaltungen und Aktionen stehen an?

Momentan sind wir in der Vorbereitung vom Roten Oktober, einem Bildungswochenende das am Wochenende vom 19. und 20. Oktober in Bern stattfinden wird. Parallel organisieren wir den Lesekreis «Mir läse» mit Marx und Engels ab 29.8. und politische Filmabende «Mir luäge». Nach dem Roten Oktober werden wir wahrscheinlich mit einer ersten Kampagne starten. Derzeitige Favoriten sind eine Lehrlingskampagne und eine Kampagne für den Gratis-ÖV, wie sie andere Sektionen bereits lanciert haben, allenfalls in Zusammenarbeit mit der PdA, die ähnliche Vorstösse unternimmt.

Ausschnitt aus dem vorwärts vom 25. August

Wahlkampfspenden an PdA Bern, PC Konto 30-26786-9 mit Vermerk „Nationalratswahlen“ Herzlichen Dank!



**POUR UN
CHANGEMENT
RADICAL !**

gestaltung: walterross.ch

PARTI OUVRIER ET POPULAIRE

PDA-POP

LISTE 24

PARTEI DER ARBEIT

**FÜR EINEN
RADIKALEN
WECHSEL!**